diesem Kampf die Union selbstverständlich auf alle bürgerlichen Gebilde als erbitterter Gegner stoßen wird, aber auch auf alle U.S.P.- und S.P.-Gebilde, die entweder noch unbewußt in ihrem U.S.P.-Dasein sich bewegen (wenn sie auch ein endgültig politisches Programm annehmen, im Grunde aber nur Kritiker politisch-moralischer Verfehlungen sind), aber bewußt als Gegner auftreten, weil ihnen der politische Schacher, die diplomatische Kunst, sich stets „oben" zu halten, höher steht, als der Riesenkampf um das Sozialistische überhaupt. — Vor dieser Bitterkeit gibt es kein Zurückschrecken. Niemals kann es eher ein engeres Zusammengehen mit der U.S.P. geben, als bis sie die Berechtigung solcher — sicher noch wandlungsbedürftiger und wandlungsfähiger — proletarischen Gebilde aus dem Wesen des Rätesystems anerkennt. Große Teile der Massen werden sie früher anerkennen als politische Führer. Ein gutes Zeichen. Am sichersten und schnellsten wird die Betriebsorganisation durch Auslösen und politische Ausrichtung von Massenstreiks, fußend auf der jeweiligen politischen Situation, das konterrevolutionäre Gewerkschaftswesen bemasteren und vernichten helfen.

9. Das zweite große Ziel der Union ist die Vorbereitung für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft. Mitglied der Betriebsorganisation kann jeder Arbeiter werden, der sich zur Diktatur des Proletariats bekennt. Dazu gehört die entschiedene Ablehnung von den Gewerkschaften, die entschiedene Bejahung aus ihrer Gedankenrichtung. Diese Bejahung ist der Prüfstein für den Eintritt in die Betriebsorganisation. Damit wird offenbart das Bekenntnis zu dem proletarischen Klassenkampf und seinen eigenen Methoden, nicht erforderlich ist das Bekenntnis zu einem engeren Parteiprogramm. Es liegt im Wesen und in der Tendenz der Betriebsorganisation, daß sie dem Kommunismus dient und hinleitet zur kommunistischen Gesellschaft. Ihr Kern wird stets ausgesprochen kommunistisch sein, ihr Kampf zwingt alle in die gleiche Richtung. Aber während ein Parteiprogramm größten teils den Tage (natürlich im weiteren Sinne) dient und dienen muß, während von Parteigängern politische Intellektualität gefordert wird, während eine politische Partei, wie die kommunistische — es sei dann, sie entwickele sich zu ihrem Verderben rückwärts — schnell fortschreitend und wechselnd, mit dem weltrevolutionären Prozeß niemals quantitativ groß sein kann, werden in der Betriebsorganisation die revolutionären Massen geeint durch das Bewußtsein ihrer Klassensolidarität, ihrer proletarischen Klassensolidarität. Hier bereitet sich organisch die Einigung des Proletariats vor, die niemals möglich ist auf dem Boden eines Parteiprogramms. Die Betriebsorganisation ist der Anfang kommunistischer Gestaltung und wird zum Fundament der kommenden kommunistischen Gesellschaft.

Die Union ist ihre Aufgaben im engen Verein mit der Kommunistischen Arbeiter-Partei.

Die politische Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Parteiprogramms.

Das Verhältnis der Partei zur Union ergibt sich aus dem Wesen der Union. In nimmermüder Propaganda wird die KPD. innerhalb der Union arbeiten. Kampfparolen müssen vereinbart werden. Die Kadres im Betrieb werden zur beweglichen Waffe der Partei, der Betrieb wird zum Nährboden der Partei. Dazu ist natürlich notwendig, daß auch die Partei immer mehr proletarischen Charakter, proletarischen Klassenausdruck annimmt, der Diktatur von unten gerecht wird. Damit erweitert sich der Kreis ihrer Aufgaben, wird aber zugleich aufs machtvollste gestützt. Es muß

[illegible] — daß mit dem Siege, das ist der Eroberung der Macht durch das Proletariat, die Diktatur der Räte einsetzen kann und nicht die Diktatur einiger Parteiführer und ihrer Gleichen.

11. Die Phase der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat erfordert die sofortige Niederhaltung bürgerlich-kapitalistischer Strömungen. Das wird erreicht durch die Ausrichtung einer, die gesamte politische und wirtschaftliche Macht umfassenden Massenorganisation. Die Betriebsorganisation wird in dieser Phase selber ein Glied der proletarischen Diktatur, ausgeübt im Betrieb durch die auf ihr sich aufbauenden Betriebsräte. Aufgabe der Betriebsorganisation in dieser Phase ist ferner, danach zu streben, daß sie zum Fundament des Wirtschaftsrätesystems wird.

12. Für den Aufbau des kommunistischen Gemeinwesens ist die Union eine wirtschaftliche Vorentwicklung. Die politische Form der Organisation des kommunistischen Gemeinwesens ist das System der Räte. Die Betriebsorganisation tritt dafür ein, daß die politische Gewalt nur immer von der Exekutive der Räte ausgeübt wird.

Der Parteitag geht sodann an die Erledigung vorliegender Einzelanträge. Ein provisorisch gebildeter Ausschuß, der bis zur Bildung der Zentralorganisation ordentlichen Zentralleitung tätig zu sein hat, wird gewählt. Beschlossen wird ferner eine einmalige Gründungs-Beitrag von zwei Mark pro Mitglied zu erheben.

Während dieser Beratungen erschienen von der Parteitag ein Abgesandter der kämpfenden Arbeiterschaft im Ruhrgebiet und in seiner Begleitung zu informatorischen Zwecken ein Berichterstatter des englischen Blattes „Daily Herald".

Sie berichten von der verzweifelten Lage der kämpfenden Arbeiterschaft. Die Regierung habe alle Gewaltmaßnahmen in der gemeinsten und niederträchtigsten Weise gebrochen. Der Kampf der Soldateska, die Politikation richte sich gegen die Arbeiterschaft überhaupt. Die Abstimmung der vorigen Woche, die in Gemeinschaft bei Bielefelder Abkommens einmütigsten, unbedingt auf ihrem Rückmarsch mit Gewehr und Gepäck beschossen. Ihr Rückmarsch seien durch Reichswehr und Arbeiterbataillonen erschossen worden, gleiche Schicksalsgenossen wurden am Lagen und Massenhaftigkeit gemordet. Die Materialist des Eisenerz Zentralrats, der die an der nächsten Soldateska nach Bremen geflüchtet sei, sei durch den Verrätern der Regierung bestimmt gegangen. Von Gewaltätigkeiten der Roten Armee kann keine Rede sein. Die Arbeiterschaft habe Lagen in den Kampfagen den Schutz der Dortmunder Polizei. Noch wiederholter bringender Hilferufe, die von U.S.P.-Genossen an die Parteileitung der U.S.P. in Berlin gerichtet wurden, habe sich diese bisher dahin [illegible] verhalten. (Hört!)

Der Parteitag beschließt nach kurzer, erregter Debatte, sofort eine Kommission zur Zentralleitung der U.S.P. zu entsenden, die Klarheit darüber erzielen soll, was die Zentrale der U.S.P. gegenüber dem Drängen der Regierung zu tun gedenkt.

Die Kommission macht sich sofort auf den Weg, während der Parteitag in der Erledigung der Eingangsanträge fortfährt. Zunächst wird folgender sofort zu verabschiedender

Aufruf der Kommunistischen Arbeiterpartei

beschlossen:

„Der 1. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands ruft das deutsche Proletariat zur Solidarität auf für die kämpfenden Brüder im Reich

[illegible] Sie [illegible] die [illegible] und schwankende Haltung der U.S.P. und den Spartakusbund, die auf Verhandlungen mit den Parteien der Nationalversammlung sich eingelassen und die es in der Gemeinschaftsarbeit der Berliner Arbeiterschaft dahin gebracht haben, für die Brüder im Ruhrgebiet den Generalstreik nicht zu führen, trotz der Widerspruchs der Berliner Arbeiterschaft. Der Parteitag fordert das deutsche Proletariat auf, zu einer entschlossenen Hilfsaktion zu schreiten, den Generalstreik sofort aufzunehmen und ihn durchzuführen bis zur Eroberung der politischen Macht durch die Organe der revolutionären Proletariats, die Räte."

Nach ihrer Rückkehr gibt die Kommission folgenden Bericht:

Wir haben sofort Verbindung gesucht mit der Zentralleitung der U.S.P., sie aber nicht gefunden. (Hört, hört!) Die Genossen scheinen Opfersteine zu suchen. Die Funktionäre der U.S.P. saß nicht zusammen und auf dem Bureau der Parteileitung fanden wir einzelne Genossen, die uns mitteilte, sie haben den Auftrag, bis abends 8 Uhr im Bureau zu bleiben, um etwa eintreffende Berichte und Informationen und dem Aufgebot entgegenzunehmen. Der Parteivorstand wurde am Dienstag Vormittag zu einer Sitzung zusammentreten, um sich schlüssig zu machen.

Bei Unterhandlungen zum Punkte „Presse" wird sich der Parteitag einig, zunächst kein Zentralorgan der Partei einzurichten, sondern es den einzelnen Bezirksleitungen zu überlassen, sich eigene Blätter zu schaffen bezw. die bestehenden auf dem Boden der Kommunistischen Arbeiter-Partei stehenden Blätter zu verwerten. Die Zentralleitung wird lediglich ein Informationsblatt für die Zwecke der Organisation herauszugeben.

Der Parteitag ist am Ende seiner Beratungen angelangt.

Der Parteitag beschließt den Parteitag mit einem Hoch auf die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands, auf Rußland und die Weltrevolution.

Arbeiter-Union.

Ein Abzeichen für die Allgemeine Arbeiter-Union.

Wie die Wirtschaftler der Welt in Amerika und in anderen Ländern ein Abzeichen im Knopfloch tragen, muß auch unsere hier ein Kampfzeichen für die Genossen ist, haben nun auch die Genossen in Deutschland ein solches Abzeichen erhalten. Der Genosse Heinrich Wagner, Wurzbacher, hat im Auftrage der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands, Ortsgruppe Würzburg, einen solchen Entwurf angefertigt. Nach vielen Stunde vereinigten sich, über gefertigt liegendem Hammer und Sichel, ein paar tüchtige Hände zum Handschlag. In dem entfernenden Hochtrunk der Sieger sind verschlungen die Buchstaben A. U. U. eingetragen. Einzelpreis ist das Abzeichen in Gold auf farbigem Emaillegrund und wird in Sammelsendungen an die Ortsgruppen mit 5 Mark pro Stück abgegeben. Bestellungen nimmt entgegen die Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands, Gremschwitzer, Dangstr. 114.

Verantwortlicher Redakteur: Phil. Dreiß. Druck: S. A. Schwartz. Verlag: Willenbücher & Co., beide in Hamburg.

Genossen! Werbt für die Partei und ihre Presse !!!

Nummer 91 — Kommunistische Arbeiter-Zeitung — Preis 20 Pfennige

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Bezirk Groß-Berlin — Herausgegeben vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint in zwangloser Folge. Der Vertrieb erfolgt durch die Ortsgruppenleitungen der Partei. — Berlin, Sonnabend, 24. April 1920 — Einsendungen, Manuskripte usw. erbitten wir nicht Berlin, sondern durch Vermittlung der Redaktion.

Von Putsch und Provokation.

Die Köpfe schwirren von Putschgerüchten. Indes ist nicht jeder so erfrischt wie die Unvermutwortlichen der Spartakuszentrale; vor allem nicht jeder so kopflos, die ausgesuchtesten Lügen über Massen jener Klasse in die Welt zu setzen, die er zu vertreten vorgibt. Diese Männer, die mit der gleichen Frivolität, mit der sie politisch-geschäftlich unterneten, sich in das Demagogentum als Beruf hineinleben, beschuldigen die Kommunistische Arbeiter-Partei, sie wolle einen neuen Putsch provozieren. Welcherlei Motive sie zu dieser Lumperei veranlassen, ob Sorge vor der restlosen Entlüftung ihres Bankerotts, ob Wut über ihre erfolglosen Gimpelfängereien, ob Angst, sich durch Denunziation bei Militär und Polizei unbequeme Gegner vom Halse zu schaffen, sei es was es immer sei, uns kann das wenig kümmern. Nur feststellen muß geworden: So wenig die Kommunistische Arbeiter-Partei jemals mit Reichswehroffizieren unterhandelt hat, so wenig denkt sie daran, einen Putsch zu provozieren. Die K.A.P.D. hat mit Provokationen jeder Art nichts zu tun. Sie ist die Vereinigung aller jener, die gerade mit äußerster Energie aus den Bedürfnissen der Ausgebeuteten heraus sich gegen alle Provokationen von Proletariern wenden. Sie wird mit glühenden Eisen jenen Ver-Führern das Mal aufbrennen, die — wie weiland die Konservativen beim Kampf ums Wahlrecht — den Massen heute die Reise absprechen, während es in Wahrheit kaum einen Proletarier geben dürfte, der nicht wüßte, worauf es heute ankommt. Und wenn unter ihnen Streit darüber ist, welchen Weg sie gehen sollen, welcher Weg am schnellsten zum Ziele führt, wenn sie sich in Parteien beklämmen, dann ist das einzig und allein der Erfolg jener politischen Führerschaften, die diesen Weg nach ihren Wünschen bestimmen wollen, die den Kampf um den Sozialismus in einen Kampf um Einzelpersonen umzufälschen versuchen. Solchen Provokateuren, die heute noch in revolutionärster Situation ihre parlamentarischen Schwätzereien zu Wichtigkeiten aufbauschen, die damit die Massen verwirren und, wo das nicht möglich ist, ihnen die Teilnahme an Wahlen oktroyieren wollen, muß möglichst schnell das Handwerk gelegt werden. Mit gleicher Energie wandte sich die K.A.P.D. gegen Putsche, das heißt gegen Akte, die nicht in der Richtung ihres revolutionären Kampfes liegen, die — sinnlos begonnen und sinnlos geleitet Einzelbedrängnissen zielende — notwendig unter unnützen Opfern scheitern müssen. Aber freilich ist ihr nicht, wie jenen Renegaten und loyalen Propagandisten der bürgerlichen Demokratie ohne Diktatur die Forderung der Diktatur des Proletariats zur Phrase geworden. Sie schätzte und schätzt die Situation in Deutschland als durch und durch revolutionär ein, sie hält das Proletariat für reif zur Ueberwachung der Macht. Sie sieht unter den heutigen Verhältnissen in Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit überall da, wo sie von den Massen gewollt werden, Vorbereitungsmittel der kommenden größeren Auseinandersetzungen. Sie teilt nicht jene schematische Auffassung, die da glaubt, ohne Opfer in Muße und Frieden oder allenfalls in parlamentarischen Redeschlachten den Tag der Letzten Abrechnung herbeiführen zu können. Jene Unlerner und Renegaten wären gezwungen — und in der Tat beginnen sie schon damit — alle bisherigen Kämpfe der Masse als Putsche zu verunglimpfen. So wird die Gesamtgeschichte der Selbstbefreiungsversuche der Lohnsklaven zu einer Geschichte von Putschen und auch Karl Liebknecht als Interpret der Massen im Januar 1918 wird bereits von ihnen abgeschüttelt als Putschist. Zwar noch nicht mit den großen Bewegungen, die sie momentan beleben, aber ihre Broschüren über den Verlauf der Januarkämpfe sprechen eine deutliche Sprache. Augenblicklich überbieten sie sich mit den Lenkern der U.S.P. an Fixigkeit darin, alle Proletarier zu maßregeln und abzustoßen, die — nach ihrem Ermessen — nicht auf der angeblichen Höhe ihres theoretischen Gesetzes stehen, das doch nur der Verschleierung ihrer egoistischen Ziele dient. Ein widerliches Schauspiel dieses Abcikdeln, kein anderes als was sie selbst an Renegaten beschimpfen, über mit seinen Schreibern über den Bolschewismus den Gegnern Material gegen die eigenen Klassengenossen lieferte. Hier ist höchstens noch formell, aber absolut nicht mehr inhaltlich ein Unterschied festzustellen, zwischen Ihnen und dem Bürgerpad, das in der glanzvollen Erhebung der Ruhrbevölkerung den Putsch, in den Bluttaten selbst nur die „roten Banden" sah, das in Hölz gerade wie das Spitzelpad nur die Einzelaktion, den Räuberhauptmann erblickt, nicht den Aufstand der sächsischen Arbeiter. Und wenn beide Teile allmählich zur kleinen Schar Aufrechter zusammenschmelzen, wenn es dahin kommt, daß sie unter dem Gebeul der Kapitalismusmeute abgeschlachtet werden, dann liegt es in der heutigen Situation einzig daran, daß sogenannte Führer, sogenannte sozialistische Parteiinstanzen Verwirrung in die Massen tragen, sie lähmen, zerspalten und schließlich gar gegeneinander hetzen. Das alles hindert weiteres Bluttaten ihres Kalibers nicht, die eben noch Geschwätzten, wenn sie tat sind, als Revolutionsopfer zu preisen und aus Leichen Wahlagitationsmaterial zu schlagen. So etwas heißt dann Taktik. Es ist der Typ der bisherigen Führerpolitik. Räumt auf damit, Proletarier!

Die „nationalbolschewistische Verschwörung".

Die Kommunistische Arbeiter-Partei ist eine proletarische Partei, die eine proletarische Eigenart zu fixieren gewungen ist. Sie setzen die Mittel, ein periodisch erscheinendes Organ, oder einen Vorlesungsabend zu veranstalten, herauszubringen. Wir haben keine mühsamen gesagenden Gönner, wie man sie in anderen auch proletarischen Parteien antrifft, in unseren Reihen. Verhaftet müssen wir zu der „nationalbolschewistischen Verschwörung" im Reichswehrministerium Stellung nehmen.

Es war am 15. April, als der in der Affäre genannte Genosse Kahlert in einer Sitzung der Zentrale des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin der Kommunistischen Arbeiter-Partei erschien und mitteilte, daß Offiziere der Reichswehr zwecks Bewaffnung der Arbeiterschaft mit Vertretern auch des Berliner Bezirks der K.A.P.D. eine Aussprache wünschten. Der Genosse Kahlert gehört nicht unserer Partei an. Er legte den Berliner Zentrale freimütig dar, daß er den Anerbieten der Offiziere skeptisch gegenüberstehe und daß er die Offiziere selber auf das große Mißtrauen hingewiesen habe, daß die Arbeiterschaft ihnen entgegenbringe. Nichtsdestoweniger hielt er eine Aussprache mit den Offizieren für nützlich, zumal man ja auch erst einmal deren eigentliche Absichten kennen lernen müsse.

Die Berliner Zentrale hatte an einer Aussprache mit den Offizieren nicht das geringste Interesse. Die Mitglieder waren einstimmig der Ansicht, daß, wenn Offiziere samt unterstellten Truppenteilen mit den Absichten der Kommunistischen Arbeiter-Partei hausieren, sie sich in den Kampf des Proletariats um die Diktatur, der bei dem zu erwartenden völligen Zusammenbruch aller Koalitionspolitik nicht mehr lange auf sich warten lassen könne, auf die Seite der für die proletarische Diktatur Kämpfenden stellen könnten. Abmachungen zu treffen, müsse die Berliner Zentrale ablehnen. Mit diesem Bescheid verließ der Genosse Kahlert, den wohl alle örtlichen proletarischen Kämpfer kennen, die Berliner Zentrale, nicht ohne das bestimmte Versprechen mit Offizieren gewonnen worden zu sein.

Die Zentralleitung der Kommunistischen Arbeiterpartei ist in der in Rede stehenden Affäre von keiner der beteiligten Stellen angesprochen worden. Die Zentralleitung der Partei hatte denselben Bescheid gegeben, wie ihr die Zentrale des Berliner Bezirks gegeben hat.

Dies der nüchterne Tatbestand, soweit unsere Partei in der Affäre engagiert war.

Uns an dem großen Aufsteigen zu beteiligen, was denn nun eigentlich die Offiziere wollen, lehnen wir ab. Wir haben eine reine Freude an den wüsten Gebärden bürgerlicher Journalisten und sozialistischen Politikanten, dessen Gebrüll das Ohr der Oeffentlichkeit zugelang hatte und dessen Grundlosigkeit war: die Kommunistische Arbeiter-Partei ist tot, sie lebe nicht!

Das „Berl. Tageblatt", dessen journalistischer Mitarbeiter sich selbst alle Bestimmungen des Kapp-Putsches auf diesem Gebiet überreicht, behauptet, daß die K.A.P.D. der nationalbolschewistische Partei sei und daß die Genossen Laufenberg und Wolffheim die große Bedeutung gewisser Kommunisten und Offiziere organisierten. Man kann von der Blatt des Herrn Theodor Wolff nicht verlangen, daß es über Programme und Taktik der K.A.P.D. unterrichtet sei; eine Aufgabe, es, die Oeffentlichkeit irre zu führen. Ritterschaftlich auf die Lüge ist der „Vorwärts", Schwarzen wie auch, daß der Kapp-General v. Letzow-Vorbeck nach unverbürgten Aussprachen Melbungen mit den Genossen Laufenberg und Wolffheim und mit der Grundlage verfunkelt hat. Sozialdemokratische Blätter wollen wissen, daß Polizei und Schutzpolizei gestanden haben, daß Polizei und Schutzpolizei gestanden haben, daß Kommunisten Beziehungen zu Offizieren unterhalten hat zu haben." Diese sozialdemokratischen Blätter haben nicht unterschlagen gestanden. Auch Organe der Berliner oppositionellen Kommunisten, daß die auf Betreiben der Hamburger Wehrpolizei hat Platt der Hamburger Kommunisten berichten, wurde aus den verschiedensten Gründen die Gelegenheit zur Widerlegung der Schwindel genommen und „über" der Massen herauf Stimmung zu weisen, daß das Gerücht von „Kapitulation" der Kommunisten und jener Teile der Reichswehr, mit denen man Hamburg besetzt hatte, auf Berichte über das Kommunistische Programm zurückzuführen ist, die den Genosse Wolffheim auf Wunsch der Zeitung „Hamburger Echo" gegeben hat. Was bei Gelegenheit der Putsch und Allmacht angeht, mit Kahlert, Kommunisten haben das Kapp gestützt

Es bleibt nur noch Mord, und auch mit den Neuformungen der Reichszentrale des Spartakusbundes zu der unbefriedigenden Aufgabe einer mitzählenden Kraftprobe zwischen Reichswehrgeschützen und einem unbeteiligt stehenden, kommunistischen Arbeiter zu beschäftigen, wenn sich es nun widerstreitet, unser knapp bemessenes Papier dafür zu verschwenden. Jene Bestialitäten, die es u. a. jetzt gewagt haben, über Hölz in einer Weise zu urteilen, die das Urteil jedes militärischen Standgerichts über den Gesichteten im voraus sanktioniert, wünschen durch die von ihnen beliebte Wendung „die in Berlin noch existierende Gruppe der Kommunistischen Arbeiter-Partei" die Ansicht zu erwecken, als sei die K. A. P. D. ein einflußloses, zahlenmäßig verschwindendes Parteigebilde. Nun, die K. A. P. D. stellt die Mehrheit der „geeinigten" KPD. dar. Als der Spartakusbund die Opposition gegen parlamentarische und gewerkschaftliche Opportunitätspolitik aus seinen Reihen sagte, als die größten und bedeutendsten Industriegruppen ausgeschlossen wurden, fragte beispielsweise der „Vorwärts", was denn noch übrig Liebe von der KPD. Es blieben übrig etwa 10000 Proletarier, die um des durch Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wakring teuer gewordenen Namens noch bei der Stange blieben, ein Klüngel von Akademikern und Literaten, deren Stellung aus der Parentheses des Parteinamens erhält, ein Trotz von redendem und schreibendem Angestellten und eine sehr leistungsfähige Kasse. Und es blieb übrig das ungeheuerlich große Geschick, die Reichszentrale des Spartakusbundes als die maßgebliche, die richtende und urteilende Instanz über die kommunistische Bewegung in Deutschland der deutschen Oeffentlichkeit vorzutäuschen.

Zum Kapitel: Seelenverwandtschaft.

Die „Rote Fahne", das Zentralorgan des „Spartakus"-Bundes protestiert entrüstet gegen die Behauptung des „Vorwärts", daß die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands den linken Flügel der K. P. D. (Spartakusbund) gespaltet hätte. Sie haben recht mit ihrem Protest. Die Frage, ob rechts oder links vom Spartakusbund, ist gegenstandslos, da dieser nach der welterschütternden Feststellung Levi's, das deutsche Proletariat sei nicht reif für die Diktatur, rechts von der U. S. P. angelangt ist. Wem es indes Vergnügen macht, zwischen uns und dem Spartakusbund eine Parallele zu ziehen, der wird über die für politische „ABC"-Schützen vielleicht interessante Fragestellung hinaus, ob rechts oder links von Levi und Pieck, den Gedanken formulieren müssen zu der Alternative: Sozialreform oder Revolution? Und da weiß heute jedes Kind, wo wir stehen.

Wenn weiterhin die Spartakusleute unsere angebliche Seelenverwandtschaft mit den Ludendorff, Kapp und Konsorten erneut konstatieren zu müssen, für angebracht hatten, so sind sie wohl das Opfer einer Verwechslung geworden. Von der Ideologie eines Ludendorff sind die Levi und Konsorten nur insofern verschieden, als sie das System persönlicher Verleumdungen und Verdächtigungen im Interesse ihrer eigenen Person zur Anwendung bringen, während die Ludendorff'schen Methoden immerhin, so niederträchtig sie an sich gewesen sein mögen, nur aus dem Rahmen der von jenen betriebenen imperialistischen Gesamtpolitik zu bewerten sind. In einem aber sind sich beide einig: In der absoluten Mißachtung des Massenbewußtseins und Massenwillens. Diktatur über die Massen: das ist der Punkt, in dem sich beide verstehen. Im Übrigen bestand unsere „Seelenverwandtschaft" mit den Ludendorff, Kapp und Konsorten darin, daß wir am 13. März die Parole ausgaben: Kampf gegen die Militärdiktatur bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats, während die Leitrede des Spartakus-Bundes (auf Wunsch werden wir es schwarz auf weiß beweisen) in den ersten Putschtagen es ablehnte, sich an der Aktion zu beteiligen, mit der Begründung, daß das Proletariat nicht aktionsfähig wäre und man (der Spartakus-Bund) abwarten müßte, bis die Militärdiktatur ihr wahres Gesicht enthüllt hätte. Wie die Zentrale des Spartakus-Bundes sich gegenüber den im Kampfe mit den wettgarstigsten Bestien stehenden Arbeitern des Ruhrreviers benommen hat, wie sie die kämpfenden Brüder im Stiche gelassen und ihre „Loyalität" gegen die Regierung Ebert-Müller durch Verhandlungen mit diesen Schurken bewiesen hat, das ist ein Maß von Seelenverwandtschaft mit der gesamten Konterrevolution, daß man nur die diesem würdigen und sachlichen Ergüsse der Spartakus-Leute zu zitieren braucht, um dem deutschen Proletariat ein photographisch genaues Bild der politischen und moralischen Verwahrlosung des jetzigen Spartakus-Bundes zu geben. Der deutsche Bürger aber kann getrost schlafen. Der Name „Spartakus" schreckt ihn nicht mehr.

Aus der Partei.

Berlin für die K. A. P. D.

Die am 16. April abgehaltene Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin der KPD. entschied sich mit Zweidrittel-Mehrheit für den Austritt aus der KPD. und den Anschluß an die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands. Der Beschluß wurde nach Referaten eines Vertreters des Wirtschaftsbezirks Berlin der K. A. P. D. und eines Vertreters der KPD., der aus dem Ruhrgebiet kam und über die Vorgänge während des Kampfes dort sprach, sowie nach eingehender Aussprache gefaßt. Die Resolution, die den Uebertritt zur K. A. P. D. erklärte, hatte folgenden Wortlaut:

„Die Mitgliederversammlung ist der Ansicht, daß die Periode des kapitalistischen Zerfalls, in der Deutschland sich befindet, und die zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zwingt, die parlamentarische Betätigung verbietet und die ausschließliche Anwendung proletarischer revolutionärer Klassenkampfmittel erfordert. Sie lehnt die parlamentarische Betätigung ab, unterwirft sich nicht den entgegengesetzten, von reformistischen und opportunistischen Tendenzen getragenen Beschlüssen der KPD. (Spartakusbund), zieht die Konsequenzen aus dem Schlußpassus der Heidelberger Leitsätze und erklärt ihren Uebertritt zur Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands."

Gothaer.

Am Freitag den 9. April sprach hier Genosse Wolffstein in einer trotz miserablen Wetters sehr gut besuchten Versammlung über: Weltkrieg und Weltrevolution. Nach seinen zweistündigen, beifällig aufgenommenen Ausführungen liefen trotz mehrfacher Aufforderung zur Diskussion keine weiteren Wortmeldungen ein. Eine Tellersammlung, die 105 Mark ergab, wurde der Hamburger Organisation für den Preßfond überwiesen.

Wilhelmshaven.

Am 9. April tagte hier eine gut besuchte Versammlung, in welcher der Genosse Geiger ein Referat hielt über die Notwendigkeit der am 4. und 5. April in Berlin beschlossenen Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Nachdem der Redner die historisch bedingte Entstehung des Spartakusbundes geschildert, zeigte er an Hand der Geschehnisse, daß im Spartakusbunde eine Führerrichtung emporgekommen sei, die zurück in die alten sozialdemokratischen Bahnen dränge. Das Fortschreiten der Revolution aber schalte das Berufsführertum gänzlich aus. Die Arbeiter werden sich selbst befreien, wenn aus ihrer Mitte die Führer emporsteigen, welche die Revolution hochträgt.

In der Diskussion sprach zunächst Jannack-Bremen. Er warnte vor weiterer Zersplitterung der Arbeiterbewegung.

Zwei Wilhelmshavener Genossen traten ihm entgegen und legten dar, daß dieser Entwickelungsprozeß in den Organisationen von der Revolution selbst durchgeführt werde. Der Weg, den der Spartakusbund gehen will, führt von der Revolution zur Reform, zur Verneinung der Revolution.

Uebrigens nehmen es die Bremer Kommunisten garnicht so ernst mit der Einigkeit der Arbeiterbewegung. Ihre Aeußerungen in der bekannten Pressekommissionssitzung in Hamburg beweisen es. Die Bremer Führer wollen weiter nichts, als einen Boden schaffen, auf dem sie sich mit der Berliner Zentrale einigen können. Dann steht ihnen das Geld der Zentrale wieder zur Verfügung und dann — mögen sich die Arbeiter die Revolution fortdenken. H. Trost.

Sowjetrußland und die kapitalistischen Haifische.

Die entrüstete Bourgeoisie erklärte zwei Jahre lang, aus sittlichen Motiven, aus Gründen der Moral, keine Geschäfte mit Sowjetrußland abschließen zu wollen. Nun wurde sie eines besseren belehrt, sie sah, daß man in Sowjetrußland verdienen kann und da Geld bekanntlich nicht stinkt, projektierten sie große Geschäfte. In Berlin und Paris haben sich Bankjunditate gebildet, die in Rußland Waren verkaufen wollen. Der Rubel steigt. Aus Rom fuhr eine Handelsmission nach Odessa. Auch die Schweden haben den Russen alle möglichen Geschäfte vorgeschlagen, sie wollten besonders schlau sein und verlangten von dem Sowjetvertreter die Aufhebung der Beschlagnahme der schwedischen Vermögenschaften. Der Sowjetvertreter verweigerte aber rundweg die Erfüllung dieses Wunsches.

Als der Gesandte Rußlands, Krassin, nach Stockholm kam, wurde er von einem ganzen Rudel von Schiebern, Bankdirektoren und Finanzmagnaten empfangen, die sich sehr „optimistisch" über Sowjetrußland äußerten.

Es ändern sich die Zeiten und die Händler machen sogar mit den roten „Kommunisten" Geschäfte, wenn sie nur können.

Aus Groß-Berlin.

Funktionär-Versammlung.

Am Sonntag, den 18. April fand nach längerer Unterbrechung wieder eine Funktionär-Sitzung des Bezirks Groß-Berlin statt. Die Zentrale erstattete Bericht über den Verlauf des Gründungsparteitags und über ihre Tätigkeit seit der letzten Funktionär-Versammlung. In der sehr ausführlichen Debatte wurde von mehreren Rednern gerügt, daß die Berliner Zentrale während des letzten Vierteljahres nicht oft genug Funktionär-Versammlungen einberufen habe, andere Redner erkannten an, daß unter der Noske-Herrschaft die Illegalität der Parteiarbeit aufs strengste gewahrt werden mußte. Gewünscht wurde ein systematisches Durcharbeitendes Referentenwesens, häufigeres Erscheinen der Presse und für die Dauer der legalen Arbeitsmöglichkeit engstes Zusammenarbeiten mit der Mitgliedschaft. Sehr kritisiert wurden verschiedene Maßnahmen des Exekutiv-Komitees, in dem bekanntlich Vertreter der K. A. P. D. und U. S. P.-Organisationen fehlen. Ueber die Nützlichkeit der Parole „Bildet die Rote Armee" war man geteilter Meinung. Die Zentrale wies darauf hin, daß, wenn auch von einem ernsthaften militärischen Wert der Roten Armee in Berlin nicht die Rede sein konnte, die Einzeichnung von 80 000 Berliner Arbeitern in die Werbeliste doch bewirkte, daß große Truppenmengen, die für den Abmarsch nach dem Ruhrgebiet bereitgehalten waren, in und um Berlin festgehalten wurden. Schon die bloße Parole der Roten Armee bedeutete eine Hilfe für die Arbeiter im Ruhrrevier. Rege besprochen wurden die Vorgänge während der Spartakus-Versammlung in der Hasenheide und der Artikel „Verbrecher an der Revolution" in der „Roten Fahne". Nachdem die Berliner Zentrale eine Aufklärung über den Fall Kahlert gegeben hatte (die näheren Angaben finden sich an anderer Stelle dieses Blattes) und erklärt hatte, daß sie sowohl wie die Zentralleitung im Fall Trebitsch-Lincoln vollkommen ahnungslos seien, forderten die Diskussionsredner schärfstes Auftreten gegen den Führerklüngel des Spartakusbundes. Die Zentrale warnte eindringlichst davor, Versammlungs-Sprengungen oder Tätlichkeiten, wie sie leider vorgekommen sind, zum System werden zu lassen; Leute, die derart unglaubliche Dummereien, wie die Lüge von der Verschwörung zwischen Kappisten und der K. A. P. D. in die Welt setzen, seien am Ende ihres Lateins, könnten sich, gestützt auf ihren Geldsack zweifelhafter Herkunft, noch eine Weile halten und würden dann verschwinden.

Die Versammlung wurde nach 6stündiger Dauer vertagt.

Revolutionäre Betriebsorganisation.

In einer am Sonntag, den 18. April, stattgefundenen Versammlung der gesamten Angestelltenschaft der Konsumgenossenschaft für Berlin und Vororte wurde nach dem Referat eines unserer bekannten Genossen der Beschluß gefaßt, daß neben den Gewerkschaften auch die Revolutionäre Betriebsorganisation als Organisationsform für die Angestellten der Konsumgenossenschaft anerkannt wird. Es ist dies deshalb bemerkenswert, weil bis dato für die Angestellten der Konsumgenossenschaft die Gewerkschaften die anerkannte Organisationsform waren.

„Die Begeisterung ist grobartig . . . ."

Die Münchener unabhängige Zeitung „Der Kampf" veröffentlicht folgenden Brief:

Wilnschenhafen (zwischen Hamm und Dortmund), 2. April 1920.

Liebe Schwestern und Kranken!

Bin nun endlich bei meiner Kompanie. Gestern vormittag kam ich zu meiner Kompanie und nachmittags 1 Uhr machten wir den ersten Sturm. Wenn ich Die alles schreiben würde, so würdest Du sagen, das sind Sprüche. **Pardon gibt es überhaupt nicht. Selbst die Verwundeten erschießen wir noch.** Die Begeisterung ist grobartig, fast unglaublich. Unser Bataillon hat zwei Tote; die Roten haben 200—300 Tote. Alles, was uns in die Hände kommt, wird mit **dem Gewehrkolben zuerst abgefertigt und dann noch eine Kugel.** — Ich dachte tatsächlich während des ganzen Gefechtes an nichts mehr als an Eure Schwestern von Station A. Das kommt nämlich daher, das wir auch **zehn Rote-Kreuzschwestern sofort erschossen haben, von denen hatte nämlich jede eine Pistole bei sich.** Mit Freuden schossen wir auf diese Schandbilder; und wie diese geweint und gebeten haben; aber wer mit der Waffe getroffen wird, der ist unser Gegner und der muß dran glauben. **Gegen die Franzosen waren wir im Felde viel edler.** — Wie geht es sonst im Lazarett?

Die Beölkerung sieht uns alles; in den Wirtschaften werden oft 20—30 Mann freigehalten.

Meine Adresse ist: Oberjäger Max Zeller, Student, 11. Kompanie, Brigade Epp, Post Rahrn (Westfalen).

Verantwortlicher Redakteur: Pfaff, Berlin. Druck: J. P. Ludwigsen, Verlag: Willerfeld & Co., beide in Hamburg.

Nummer 93 — Kommunistische Arbeiter-Zeitung — Preis 20 Pfennige

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Bezirk Groß-Berlin — Herausgegeben vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint in zwangloser Folge. Bezug wöchentlich erfolgt durch die Zahlstellen der Partei. | Berlin, Donnerstag, 6. Mai 1920 | Anzeigenpreis: Millimeterzeile 1 Mk., Stellen- und Mietgesuche 80 Pfg. Anzeigen werden nur gegen Vorausbezahlung der Zeile.

Sie gehen nicht nach Moskau, sie gehen nach Spaa.

Berlin, den 30. April 1920.

Wenige Tage vor dem Kapp-Putsch erschien ein Manifest des Obersten Rates über die Deutschland einzuhaltenden internationalen Rechte, die Deutschland wie sklavisch unterzeichnen sollten, seinen tributären Verpflichtungen gegenüber dem Entente-Kapital gerecht zu werden. Der „Vorwärts" war außer sich vor Freude. Er pries in begeisterten Worten die „organisierte gegenseitige Hilfe-Gesellschaft" und nannte das Manifest das „wichtigste Dokument der europäischen Geschichte". Kommentare der französischen und englischen Presse zu diesem wichtigsten Dokument der europäischen Geschichte besagten, daß man plane, Deutschland einen internationalen Kredit von etwa 30 Millionen Goldmark eingeräumen, was nach dem Stand der Valuta, bevor Kapp und Genossen sie mit Erfolg attackierten, etwa 600 Milliarden geltender Reichsmark entsprochen hätte. Davon sollten mehr als die Hälfte auf die deutschen Entschädigungspflichten gutgeschrieben werden. Man wollte Deutschland von der vertraglichen Zahlung der Entschädigungssumme selber entbinden, ihm dafür aber die Verzinsung der ungeheuren Summe in schätzungsweisen Beträgen von 50 Milliarden Reichsmark jährlich auferlegen. Dieser erstickten Last sollte gerade werden eine zu erwartende Steigerung der deutschen Produktivkraft vermittels einer Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln, für deren Bezug ein Drittel der ausgeworfenen Milliarden in Aussicht gestellt wurde.

Der Kapp-Putsch kam und fiel, das Manifest des Obersten Rates in Vergessenheit geraten. In Genua aber ging die Entente-Bourgeoisie daran, dem klassisch ignorant das Versäumte Versäumte jetzt nachzuholen. Man verabschiedete am 24. April u. a. folgende Abkommen:

1. Die Verbündeten werden sich bei ihrem zur Verfügung stehenden Mittel auf die Entwaffnung Deutschlands entsprechend den Bestimmungen des Vertrages von Versailles bringen.
2. Das Ersuchen Deutschlands um Erhöhung seiner Heeresbestand auf 200 000 Mann wird, ebenso wie die von Deutschland geforderte schwere Artillerie und der Flotten, abgelehnt.
3. Deutschland erhält die Genehmigung zu einer Verstärkung seiner Polizeitruppen. Die Entente behält sich jedoch das Recht einer jährlichen Kontrolle über die Tätigkeit und die Bestandziffer der deutschen Polizeitruppen vor.
4. Deutschland erhält Vorschüsse in Gestalt von Geld und Rohstoffen, um seine Industrie in Gang setzen und so seine jährlichen Verpflichtungen decken zu können.

Gleichzeitig beschloß man in Genua, den deutschen Reichskanzler aber einen anderen Vertreter zu einer Konferenz mit den alliierten Ministerpräsidenten nach Spaa zum 26. Mai einzuladen. „Ein Erfolg der Vernunft", jubelt der „Vorwärts", und er willkommt die Einladung nach Spaa als Erfolg der SPD. Die Spaa wird der Schauplatz der Allianzfahrten werden, wie und wo die Hyänen lauern sollten — „ein großer Erfolg der Politik unserer Partei", jubelt der „Vorwärts". Es kommt Spaa ist der Erfolg der Politik der Ebert-Noske. Zwischen Spaa und der Nationalversammlung liegen 19 Tage. Zeit genug, um das jetzt schon feststehende Ergebnis der Aussprache zwischen Herrn Millerand und den Vertretern der Entente-Bourgeoisie in den Mund zu legen, um die Bevölkerung Deutschlands zu einer Propaganda anzustimmen, um die Bevölkerung Deutschlands zu ein Paradiesel des bewährten Fortschritts und des sozialistischen Fortschritts zu umgaukeln. Die „revolutionären" sozialdemokratischen Sozialisten haben jetzt an Ort und Stelle, wo sie hinkommen werden, auch schneller in ihrem Wirken und Walten, als das unter den letzten Hohenzollern der Fall war.

Mit Spaa wird die Orientierung nach Westen wieder und mit besonderem Enthusiasmus vorgenommen. Das heißt wie eine Kundgebe im Spaa. Ein Staat, der in der ganzen Nachkriegsentwicklung sich den imperialistischen Kapitalgruppen zu Kreuzen, den die Stelle eines [illegible] geschlagen worden ist, dessen Wirtschaft alle Kennzeichen einer Periode des kapitalistischen Verfalls aufweist, wendet nicht etwa ab von dem Gegner, an dessen Pfeife er gekrochen ist, sondern begeht, noch jener eingeschlagenen Weg zu gehen in diesen beklagenswerten System. Die Entente-Bourgeoisie braucht die Unterwerfung Deutschlands, braucht die Knechtschaften der deutschen Produktivkraft auf Generationen hinaus, braucht eine Millionen-Armee verdummter deutscher Proletarier, braucht den Niedgang der deutschen Produktivkräfte, braucht die deutsche Konkurrenz und die deutschen Transportmittel, weil sie nur so ihr Ausbeuter-Dasein fristen kann. — eine Regierung, die, wenn man gegen sie den Boykott des gesamten Hochverrats erhoben, moralisch mit allen Parteiwitteln auftreten würde, überzeugt ist, die Bedürfnisse der Entente-Bourgeoisie zu befriedigen.

Das erwähnte Manifest des Obersten Rates wird in Spaa wahrscheinlich eine Grundlage der Verhandlungen bilden.

Wäßen die Entente Rohstoffe in Mengen nehmen will, daß die deutsche Wirtschaft die Schadensersatzpflicht des Landes bei gleichzeitiger Befriedigung sämtlicher Lebensbedürfnisse der Bevölkerung garantieren würde, wissen wir nicht. Wir wissen, daß solche Rohstoffe in Deutschland lagern, daß ihre Verarbeitung eine Frage des Transports ist, die leichter von Deutschland aus, von anderer Seite zu lösen wäre, wir wissen, daß, wenn mit Hilfe der Entente die russischen Grenzsperren geschlossen werden, wir diese Rohstoffe aus greifbarer Nähe, d. h. verzinsen, bekommen werden.

Rohstoffe und internationale Kredite aber wird man Deutschland auch nicht auf blauen Dunst hin, auch nicht auf die sozialdemokratischen Versicherungen, die deutschen Arbeiter arbeiten zu lassen für zum Zusammenbruchen, gewähren, sondern nur gegen bestimmte Pfänder. Wie man sich das denkt, darüber enthüllen Pressestimmen um. Man denkt an die Verpfändung der Eisenbahnen, und Postbetriebe, die Verpachtung der Bergwerkbetriebe ist immer eine Kleinigkeit, man nimmt aus Eisenbahn und Postbetrieb die Einnahmen und verwendet sie zur Bezahlung der Zinsen und Tilgung der Kredite, und ein Kontrollamt, das das Staat als eine verkappte Maßregelung ansieht, wird eingerichtet werden können, gegen die's Produktions-Elemente aber in die unglaublichen Plänen der Entente-Bourgeoisie. Der Sieg der imperialistischen Gruppen der Entente erscheint in der Geschichte der Kapitalentwicklung als die unmittelbare Konsequenz der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel der Wirtschaft in Hinsicht [illegible] Produktivkräfte des deutschen Proletariats, ist der siegreiche Kampfes gerichtet. Auf deutschen Boden müssen zurzeit die Kämpfe zwischen der Entente-Bourgeoisie, gestützt Kapital und Arbeit ausgefochten werden. Es werden durch Kämpfe der Ideen bleiben, bei denen die Haut fall bleibt; eine bewaffnete Klasse läßt sich zur Verteidigung ihrer Vorrechte nicht durch das [illegible] Opfern schlachten lassen, es werden [illegible] sein, wie sie eine unbewaffnete Klasse, die über [illegible] Organisationen verfügt, in Blut und Kindermord [illegible] über den ihrem Wohlleben drohenden Untergang zu [illegible] fällt und wie sie eine unbewaffnete Klasse um der Erhaltung und Sicherung ihrer elementaren Rechte hinschlachtet.

Die Kapp- und der „Nationalbolschewismus".

Die fortgesetzten Verleumdungen des „Spartakus-Bundes" über angebliche Verbindungen mit Kapp-Leuten und sonstigen konterrevolutionären Gesindel zwingen uns zu folgender Feststellung:

Seine Mitglieder der KPD. hat mit Militärkreisen, [illegible] Pläne verbunden. Der dem Genossen Rosenfeld über unseren Willens Feinde Partei angeblich unternommene Versuch, den Kontakt des Bezirks Groß-Berlin zur Reichszentrale an der bekannten Anstellung im Reichsministerium zu bewerkstelligen, ist von der einstimmigen Ablehnung des gesamten Vorstandes gescheitert. Die Parteiabteilung der KPD. ist überzeugt nicht von Beteiligung an irgendwelchen Verschwörungen erfaßt worden. Ein Teil eine [illegible] bisherige grundsätzlich abfällige Haltung einzunehmen wie unsere Berliner Genossen. Wenn die Zentrale des Spartakus-Bundes jetzt versuchen sich die [illegible] Halbfaschisten ihrer Lügen und Verleumdungen vor aller Oeffentlichkeit herauszuziehen, mit Namen herauszuziehen beginnt und bei dieser Gelegenheit Herrn Hilbert Fischer [illegible], so erklären wir, daß Herr Fischer niemals der KPD. angehört hat.

Wir erklären ferner die Behauptung der „Spartakus"-Zentrale, daß die Genossen Rosenfeld und Wolffstein mit Herrn Reichskanzler Bauer in Verbindung gestanden hätten, für eine niederträchtige Verleumdung. Wir wissen, daß Hamburger Genossen [illegible] bis im Gegensatz zur SPD. und USPD. nicht auf Seiten Bauers verhandelt haben. Bauer wird sich auch [illegible] die schmählichste Duselei über das Verhalten der Hamburger S. A. D. P. [illegible]. Es sind das alles bewußt falsche Behauptungen, mit denen die „Spartakus"-Zentrale gegen uns operiert.

Der Parteitag erklärte, daß [illegible] KPD. [illegible] Die Kapp-Putsch [illegible] Politik [illegible] Kampfes [illegible] Kapitalismus [illegible] Weltrevolution [illegible] Kampf bis zur Vernichtung.

Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands.
Für [illegible]
J. A.: Schumann. Friedrich Geschke.

Politische Rundschau.

Von dem Reichstag Reichsministerbruch.

Der Finanzminister Dr. Wirth hat in der Sitzung der Nationalversammlung vom 30. April erklärt: „Die Gesetze der finanziellen Zusammenbruch ist in bedenklichen Nähe gerückt". Das Kapitel dieses Pfeiles der Geschichte der Kapitalentwicklung [illegible] Gesetzes der Kapitalentwicklung [illegible] Gesetz: „Die Grenzen seiner Reichsfähigkeit — bei [illegible] — [illegible] Die Aufgabe des Kapitalismus [illegible] Wirtschaftsleben [illegible] Gesetzes [illegible] Herrn Wirth. [illegible] Gesetz [illegible] Wirtschaftsleben [illegible] Kapitalismus [illegible] Gesetzes